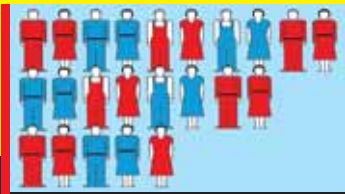


Sozialismus

www.Sozialismus.de

G. Bosch/T. Kalina: Mittel-
schichten unter Druck



Joachim Bischoff: Kentert
die Globalökonomie?



Hans-Jürgen Urban: Für
Digitalisierungsrealismus

Stephan Siemens: Industrie
4.0 – Widersprüche

Forum
Gewerkschaften

Frank Deppe:
Neue Weltunordnung



Labour Party: Turnaround?

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

SPD im Wahlkampfmodus



Bei den Landtagswahlen am 13. März droht der SPD ein weiteres Debakel. Seit der Einzug der in die drei Landtage absehbar ist, gilt die Abwahl von Rot-Grün in Rheinland-Pfalz als kaum abwendbar. In Baden-Württemberg wäre es schon ein großer Erfolg, wenn die SPD Juniorpartner der Grünen bleiben könnte ...

Linkswende, aber wie?



Der frühere Linksfraktionschef Gregor Gysi fordert zu Recht, dass die Linkspartei »zusammen mit SPD und Grünen für ein linkes Projekt gegen die jetzige Entwicklung Europas und Deutschlands« streiten muss. Wir sollten dieser strittigen Diskussion nicht ausweichen. Es geht allerdings nicht vorrangig um eine Frage der Regierungsbeteiligung. ...

Weitere Kraftproben in Athen



Die griechische Bevölkerung blickt pessimistisch ins neue Jahr. Zwei Drittel der GriechInnen glauben, dass 2016 für das Land noch schlechter wird als 2015, jenem Jahr, in dem die Banken längere Zeit geschlossen waren und die Ökonomie wegen der Kapitalkontrollen weiteren Beschränkungen unterworfen war. ...

Europas Linke in Bewegung

Hinrich Kuhls: Eine steife Brise umweht das Steuerdeck Die Umbildung der Labour-Fraktionsspitze	2
Andreas Fisahn/Thomas Eberhardt-Köster: Ein Mosaik von Plänen Europäische Union und die gesellschaftliche Linke	7
Heinz Bierbaum: Bewegung auf der iberischen Halbinsel Zur politischen Situation in Portugal und Spanien	10

Wer ist die gesellschaftliche Mitte?

Gerhard Bosch/Thorsten Kalina: Mittelschichten in Deutschland – unter Druck	13
Dierk Hirschel/Ralf Krämer: Ab durch die Mitte? Normalbeschäftigte, Prekäre und die Rolle der Gewerkschaften	20
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Kampffeld: untere Mitte	24
Axel Troost: Behindert der Solidarische Länderfinanzausgleich die Steuererhebung?	33

Von Börsen, Rohstoffpreisen und Flüchtlingen

Joachim Bischoff: Entgleist die Globalökonomie?	38
Michael Wendl: Die Flüchtlingsmigration – ein konjunkturpolitischer Glücksfall	42
Karl Georg Zinn: Sollen und Können Verantwortungsethik statt Problemverdrängung	46

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Digitale Visionen als Leitbilder? Plädoyer für einen Digitalisierungsrealismus in der Arbeitspolitik	47
Stephan Siemens/Martina Frenzel: Widersprüche im Konzept Industrie 4.0	56
Otto König/Richard Detje: Auf der Erfolgsspur? Ein Ausblick auf die Tarifrunde 2016	59

Eine aus den Fugen geratende Welt

Frank Deppe: Vom American Empire zu einer multipolaren Weltordnung	62
---	----

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	9
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: The Big Short (Filmkritik)	69

Ab durch die Mitte?

Normalbeschäftigte, Prekäre und die Rolle der Gewerkschaften

von | Dierk Hirschel und Ralf Krämer

Strategiefragen

Im DGB gibt es seit Jahren eine Auseinandersetzung über die Ausrichtung gewerkschaftlicher Politik. Konkret geht es um die Frage, welche Beschäftigungsgruppen die Gewerkschaften künftig ansprechen sollen. Die Industriegewerkschaften konzentrieren sich betriebs- und tarifpolitisch auf gut qualifizierte Beschäftigte. ver.di macht darüber hinaus Politik für prekär Beschäftigte. Hier ist häufig der Staat der Adressat gewerkschaftlicher arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Forde-

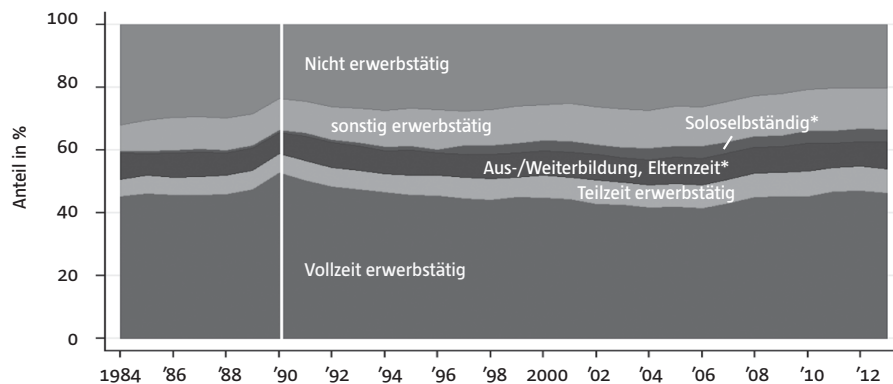
rungen. Diese Strategie wird dafür kritisiert, dass sie sich auf vermeintliche gesellschaftliche Minderheiten konzentriert, die nur schwer gewerkschaftlich organisierbar sind. Dadurch würden die Interessen der »normal Beschäftigten« sträflich vernachlässigt. Zudem seien die Gewerkschaften kein Parteiersatz. Folglich sollten sie sich politisch auf das konzentrieren, was sie selbst durch Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge direkt beeinflussen können. Nur dann würden sie auch als handlungsfähiger gesellschaftlicher Akteur ernstgenommen.

Eine ähnliche Debatte führt die deutsche Sozialdemokratie. Sigmar Gabriel hat seine Partei auf dem letzten Parteitag aufgefordert, künftig mehr Politik für die »arbeitende Mitte« zu machen. Darunter versteht der SPD-Parteivorsitzende u.a. den Ausbau korporatistischer Strukturen – Beispiel: das Bündnis für Industrie –, eine aktive Industrie- und Energiepolitik, eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine staatliche Förderung betrieblicher Sozialpolitik sowie die steuerliche Entlastung mittlerer Arbeitseinkommen. Die Bekämpfung prekärer Beschäftigung,



Grafik: freepik.com

Abbildung 1: Verteilung der erwerbsfähigen Bevölkerung (1984-2013)



Quelle: DIW Econ auf Basis von SOEP .v30. Gewichtete Werte; Unschärfe: Soloselbständige vor 1997, Elternzeit/Mutterschutz vor 1990

die Ausweitung öffentlicher und sozialer Dienstleistungen und eine stärker umverteilende Steuerpolitik gehören hingegen nicht dazu. Für Geringverdiener wurde schließlich bereits der gesetzliche Mindestlohn eingeführt. Das müsse ausreichen. Zumal der sozialdemokratische Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sich bis heute nicht positiv auf die Wahlergebnisse der Partei auswirkt. Dafür ist die Wahlenthaltung der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen zu hoch.

Wie sich die Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigung auf die Arbeitnehmer und die Gesellschaft insgesamt auswirkt, ist nicht zuletzt eine empirische Frage. In der Sozialwissenschaft gibt es in diesem Zusammenhang eine intensive Debatte über die Größe und Entwicklung der Mittelschicht. Anhänger der These einer schrumpfenden Mittelschicht versuchen nachzuweisen, dass der Zuwachs prekärer Beschäftigung zu einer zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft führt. Die Mitte der Gesellschaft gerät in diesem Szenario immer mehr unter Druck. Eine Politik, welche die Entwertung und Entgrenzung der Arbeit bekämpft, wäre also auch im Interesse der »arbeitenden Mitte«. Ein Bündnis zwischen Unten und Mitte ist möglich und nötig.

Die entgegengesetzte These geht davon aus, dass die Mittelschicht stabil ist. Die Prekarisierung ist, dieser These folgend, ein Randphänomen. Das DIW hat nun im Auftrag der IG BCE versucht, die These einer Stabilität der Normalarbeitsverhältnisse und der Mittelschicht empirisch zu untermauern.¹

Zentrale Ergebnisse der DIW-Studie

Ziel der DIW-Studie ist es, deutlich zu machen, dass die »normale« Erwerbstätigkeit in Deutschland ungebrochen prägend für die Sozialstruktur ist (s. Abbildung 1). Der Zuwachs atypischer, nicht »normaler« Beschäftigung sei lediglich zu Lasten vorheriger Nichterwerbstätigkeit erfolgt. »Die Behauptung einer generell schrumpfenden Mittelschicht (ist) empirisch nicht gedeckt.« (S. 2) Als »ganz normale Arbeitnehmer« werden dabei alle über 18-jährigen Beschäftigten in Vollzeit oder in Teilzeit ab 18 Stunden pro Woche, Auszubildende, in Weiterbildung oder in Mutterschutz oder Elternzeit befindliche sowie Solo-Selbständige gezählt.

»Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind fast die Hälfte der Menschen in Deutschland im Jahr 2013 normale Arbeitnehmer. Diese Gruppe setzt sich zusammen aus knapp 70 Prozent Vollzeitbeschäftigten, gut 10 Prozent Teilzeitbeschäftigten, knapp fünf Prozent in Lehre/Ausbildung, knapp 10 Prozent in Weiterbildung/Elternzeit und gut fünf Prozent Solo-Selbständigen.« (S. 5) 44% der Bevölkerung sind in diesem breiten Sinne »normale Arbeitnehmer«, etwa 83% der erwerbsfähigen Männer und 61% der erwerbsfähigen Frauen. In Vollzeit beschäftigt waren 30,6% der Bevölkerung, etwa die Hälfte der Erwerbsfähigen. Es gibt eine starke Geschlechterdifferenzierung, insbesondere sind knapp 59% der erwerbsfähigen Männer in Vollzeit beschäftigt, aber nur knapp 35% der Frauen, in Ostdeutsch-

land knapp 47%, bei Frauen mit Migrationshintergrund weniger als 28%.

In Bezug auf die Mini-Jobs wird betont, diese würden vielfach von Personen ausgeübt, die im Haushaltszusammenhang anderweitig versorgt oder als Studierende nicht in einer prekären Lebenslage wären. Als prekär geringfügig Beschäftigte blieben so gesehen nur 1,7 Millionen bzw. vier Prozent der Erwerbsfähigen. »Aber diese Gruppe ist wiederum auch so klein, dass es wahrscheinlich organisationssoziologisch unklug wäre, wenn sie zum Beispiel gewerkschaftliche Ziele dominieren würde.« (S. 19)

Es wird festgestellt, dass die durchschnittlichen und mittleren Realeinkommen der Beschäftigten seit 1984 nur wenig gestiegen sind, 2003 bis 2013 ist eine Stagnation oder sogar geringer Rückgang festzustellen. Die preisbereinigten Nettoeinkommen stagnieren sogar bereits seit 1991. Die Ungleichheit bzw. Spreizung der Arbeitnehmerinnen und -einkommen hat dabei zugenommen, besonders bei den Bruttoeinkommen. Insbesondere bei Vollzeitbeschäftigten und Solo-Selbständigen zeigt sich zudem eine erhebliche Einkommensungleichheit zu Lasten der Frauen von über 20%.

Der Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse ist von acht auf zehn Prozent gestiegen, gleichzeitig aber der Anteil der Arbeitsverhältnisse ohne schriftlichen Vertrag entsprechend zurückgegangen, sodass recht konstant 87% der »normalen« Arbeitnehmer unbefristete Verträge haben. Allerdings: In der Gruppe der 18 bis 27-Jährigen ist der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse/ohne Arbeitsvertrag von 26% im Jahr 2000 auf 30% im Jahr 2013 angestiegen (betrachtet man ausschließlich befristete Arbeitsverträge fällt der Anstieg des Anteils von 21 auf 27% noch deutlicher aus). Aus dem IAB-Betriebspanel wissen wir, dass Neueinstellungen

Dierk Hirschel ist Mitglied der SPD-Grundwertekommission, *Ralf Krämer* Sprecher der Sozialistischen Linken in der Partei DIE LINKE, beide arbeiten als Gewerkschaftssekretäre bei ver.di.

¹ Arnold/Mattes/Wagner: Zur anhaltend prägenden Rolle des Normalarbeitsverhältnisses auf dem deutschen Arbeitsmarkt, DIW ECON 2015.

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Leser/in werden
Neue Abonnenten/innen
erhalten eine Buchprämie
als Geschenk

www.spw.de

sogar zu über 40% nur befristet vorgenommen werden.

Etwa zehn Prozent der »normalen Arbeitnehmer« machen sich große Sorgen, ein weiteres Drittel »einige Sorgen« um ihren Arbeitsplatz. In Ostdeutschland und bei Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund sind diese Sorgen deutlich überproportional ausgeprägt. Im Zeitverlauf nahmen die Besorgnisse bis etwa 2005 zu, seitdem nehmen sie ab, was dem Rückgang der Arbeitslosenquote entspricht.

Bei der Einschätzung der sozialen Absicherung fällt auf, dass die ganz überwiegende Mehrheit sich mehr oder weniger gut gegen Krankheitsrisiken finanziell abgesichert sieht, gegen Arbeitslosigkeit und im Alter dagegen sehen das nur etwa die Hälfte, etwa ein Fünftel beurteilt die Absicherung als ausdrücklich schlecht oder unsicher. Von den in Aus- oder Weiterbildung Befindlichen und noch mehr von Solo-Selbständigen schätzen wesentlich größere Anteile ihre Absicherung in allen Fragen deutlich schlechter und unsicherer ein, wobei sich hier die große Differenziertheit der Lage von Solo-Selbständigen ausdrückt. Von ihnen sieht sich nur ein Drittel gegen Arbeitslosigkeit, weniger als die Hälfte im Alter gut oder befriedigend finanziell abgesichert. Diese Befunde zeigen, dass die Zuordnung von Solo-Selbständigen, aber auch in Aus- und Weiterbildung Befindlichen zu den »normalen Arbeitnehmern« reale Probleme verdeckt und daher nicht sinnvoll ist.

In Bezug auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft sind die Anteile bei den Vollzeitbeschäftigten mit etwa 19% am höchsten, bei Teilzeitbeschäftigten sind es etwa 12%, bei Solo-Selbständigen knapp drei Prozent, jeweils 2011. Bei den Voll- und Teilzeitbeschäftigten zeigt sich gegenüber 2003 eine sinkende Tendenz von vorher 22 bzw. 15,5%. Auch diese Befunde problematisieren die Betrachtung von Solo-Selbständigen, aber auch Teilzeitbeschäftigten als »normale Arbeitnehmer«.

In der zusammenfassenden Bewertung wird dann ausgeführt: »Schaut man genauer hin, sieht man, dass der Zuwachs prekärer Beschäftigungsformen zunächst nicht auf das Konto

›des‹ Kapitalismus ging. Drei Beispiele: Es gibt – erstens – nach wie vor kein zu reichendes Angebot der Kinderbetreuung, mit der Folge, dass beide Elternteile oder Alleinerziehende nicht einer ganz normalen Beschäftigung nachgehen können. Zweitens: Das BAFÖG wurde so stiefmütterlich behandelt, dass Studierende aus ganz normalen Familien heute nicht auf Förderung rechnen können und in Mini-Jobs arbeiten müssen, um sich ihr Studium leisten zu können. Und drittens hat die staatliche Forcierung von Mini-Jobs unter Gerhard Schröder in der Privatwirtschaft die Kreativität vieler Arbeitgeber beflügelt, Wettbewerb zu Lasten von Beschäftigten auszutragen, statt um die besten Produkte oder Dienste zu konkurrieren.

Allein diese drei Entwicklungen haben dazu geführt, dass insbesondere Frauen und Studierende in großer Zahl in Mini-Jobs und prekäre Beschäftigung gedrängt wurden. Die einen können sich daraus keine Existenz aufbauen. Die anderen bleiben an den Hochschulen unter ihren Möglichkeiten.

Einige Arbeitgeber haben diese Fehlsteuerungen genutzt, um eine Arbeitskultur zu etablieren, in der einst auskömmliche Arbeit durch eine ungleich größere Zahl prekär Beschäftigter ersetzt wurde. Es gibt also durchaus Verdrängungseffekte. Aber durch diese Entwicklung ist ganz normale Beschäftigung in Voll- und in Teilzeit nicht weniger geworden. Makroökonomisch betrachtet wurde Nicht-Erwerbstätigkeit weniger. Deswegen wird Deutschland auch nicht systematisch immer ungleicher.« (S. 47f.)

Kritische Bewertung

Richtig ist zunächst, dass die Autoren die Zentralität der Erwerbsarbeit betonen. Die überwiegende und aufgrund zunehmender Frauenerwerbstätigkeit noch wachsende Mehrheit der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betrachtet das Leben aus der Perspektive von Arbeitnehmern. Dass dabei weiterhin Normalarbeitsverhältnisse und Vollzeitbeschäftigung dominieren, ist ebenfalls unbestritten. Dieser Inhalt der Studie ist unspektakulär und nicht überraschend. Problematisch sind allerdings einige Be-



»In the streets of Esslingen« von flickr/Isengardt, ©

Bezahlung gleicher und gleichwertiger Arbeit werden übergangen. Der Anspruch von Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe an Erwerbstätigkeit und finanzielle Eigenständigkeit und Unabhängigkeit vom Ehemann wird nicht ernst genommen, faktisch wird ein traditionell bzw. modernisiert patriarchales Familienmodell (Mann Hauptverdiener, Frau Zuverdienerin) zur Norm erklärt. Dabei ist es keineswegs so, dass niedrige Einkommen aus Minijob, Teilzeit oder anderer Niedriglohnbeschäftigung in der Regel im Haushaltszusammenhang aufgefangen werden.

Andere Studien, die die Einkommensverteilung bezogen auf die Haushalte betrachten und die »Mittelschicht« darauf bezogen definieren, gelangen zu anderen Ergebnissen.² Nach Bosch und Kalina (in diesem Heft) schrumpft die Mittelschicht bezogen auf die Erwerbseinkommen – Definition: 60 bis 200% des Medianeinkommens – trotz der relativ guten Beschäftigungsentwicklung von 56,4 (1992) auf 48% (2013). Selbst nach staatlicher Umverteilung schrumpft der Anteil der Mittelschicht von 81 auf unter 78%. Eine zentrale Ursache dieser Entwicklung ist aus Sicht der Autoren die Zunahme prekärer und niedrig entlohnter Beschäftigung. Der Anteil der zu Niedriglöhnen Beschäftigten ist in der Unterschicht zwischen 1995 und 2013 von rund 44 auf 68% deutlich gestiegen. Auch in der unteren Mittelschicht ist das Niedriglohnrisiko von gut 35 auf knapp 46% deutlich angestiegen.

Deshalb müsste aus den in der DIW-Studie selbst aufgezeigten Einkommensdivergenzen und Mängeln der sozialen Absicherung von geringfügig und unstetig Beschäftigten, von Solo-Selbständigen sowie zunehmend befristet beschäftigten Jüngeren die Konsequenz gezogen werden, es als eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften zu erkennen, deren Lage und sozialen Schutz zu verbessern und sie damit tatsächlich zunehmend zu »normalen Arbeitnehmern« zu machen. Und zwar auch im Interesse aller anderen Beschäftigten, deren Risiko in schlechter gestellte und geschützte Gruppen abzurutschen damit begrenzt würde. Die aufgezeigte schlechte Lohnentwicklung und die da-

mit einhergehende – nicht aufgezeigte – Umverteilung zugunsten der Gewinne und Vermögenden sowie die zunehmende Lohnspreizung müsste zu verstärkten Anstrengungen zur Erhöhung bisher niedriger Löhne, u.a. durch Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und tariflicher Mindestlöhne, vermehrte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und tarifliche Aufwertung bisher unterbewerteter Tätigkeiten insbesondere in vielen Dienstleistungen führen. Dazu gehören auch eine Stärkung der Finanzen des Sozialstaats und mehr Steuergerechtigkeit. Eine verstärkte Durchsetzung der Interessen der »Normalbeschäftigten« durch höhere Lohnzuwächse, soziale Gestaltung und Verkürzung von Arbeitszeiten sowie die Verbesserung sozialstaatlicher Leistungen von Kita-Plätzen über BAföG bis zu Verbesserungen der gesetzlichen Renten steht dazu in keinerlei Widerspruch, sondern ist ein notwendiges weiteres Element dieser gewerkschaftlich-politischen Orientierung.

Alle diese Forderungen und Orientierungen (vielleicht mit Ausnahme der Ausweitung der Kita-Plätze, wobei dann die Ausgestaltung und Bedingungen umstritten sind) müssen in hohem Maße gegen den Widerstand kapitalistischer Kräfte und Interessen durchgesetzt werden. Auch die in der Studie genannten Politiken, die die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsformen gefördert haben, wurden durch solche Interessen und Kräfte vorangetrieben. Ebenso wie die ökonomischen Prozesse etwa der Aufspaltung von Vollzeit in Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung oder die Lohndrückerei durch Ausgliederungen, Tariffucht, Leiharbeit und Werkverträge gehen auch diese politischen Entscheidungen durchaus auf »das Konto ›des‹ Kapitalismus«.

wertungen und Botschaften, die daraus abgeleitet und begründet werden.

Die Bestimmung der »ganz normalen Arbeitnehmer« einschließlich der Teilzeitbeschäftigten über 18 Wochenstunden, der in Aus- oder Weiterbildung befindlichen und auch der Solo-Selbständigen ist eine ungewöhnlich weite Definition. Dabei werden insbesondere der Rückgang der Vollzeitbeschäftigung zugunsten von Teilzeitbeschäftigung und die Prekarität vieler Solo-Selbständiger übergangen. Ebenso werden befristet und in Leiharbeit Beschäftigte als »normale Arbeitnehmer« betrachtet.

Die DIW-Studie redet die Probleme der vielen atypisch Beschäftigten klein. Der von prekärer Beschäftigung ausgehende Druck auf die normal und in Vollzeit Beschäftigten ist unterbelichtet. Die zunehmende Einkommensungleichheit, insbesondere der Anstieg von Niedriglohnbeschäftigung und die rückläufige soziale Mobilität als grundsätzliches Problem mangelnder Gerechtigkeit und Anerkennung werden weitgehend ignoriert. Die zunehmende Armutgefährdung insbesondere von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten, etwa AufstockerInnen, wird ausgeblendet. Der Anspruch aller Menschen auf existenzsichernde und sozial abgesicherte »gute« Arbeit und das Problem der ungleichen

² Goebel/Grabka/Schröder: Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch, in: DIW-Wochenbericht Nr.25/2015; Goebel/Gornig/Häußermann: Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: DIW-Wochenbericht Nr. 24/2010; Bosch/Kalina: Die Mittelschicht unter Druck, IAQ-Report 4/2015 und in diesem Heft; OECD: In It Together: Why Less Inequality Benefits All, Paris 2015; OECD: Divided we stand, why inequality keeps rising, Paris 2011; Spannagel: Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück, Verteilungsbericht 2015, WSI-Mitteilungen 8/2015.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigegeführten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

